

## **Aufruf zur Sicherstellung der finanziellen Ausstattung für die Jugendhilfe, für Prävention und Freiwilligendienste**

Die sich in den letzten Jahren und Monaten zuspitzenden Krisen und Konflikte haben eklatante Auswirkungen auf die psychosoziale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Wir stellen eine deutliche Zunahme von psychischen Störungen fest, aber auch die aktuell vorgefallenen Gewaltdelikte junger Menschen demonstrieren, dass Handlungsbedarf besteht. Kinder und Jugendliche sind neben ihren persönlichen Entwicklungskrisen auch nationalen und globalen Krisen ausgesetzt ohne sich aktiv dagegen wehren oder einbringen zu können. Sie brauchen zur Bewältigung die Unterstützung und Hilfe der Gesellschaft.

Daher erscheinen die im Bundehaushalt vorgesehenen Kürzungen, die vor allem bisherige Maßnahmen innerhalb der bereits jetzt überlasteten Jugendhilfesysteme betreffen sollen, widersinnig und kontraproduktiv – ja sogar Kindeswohlgefährdend.

Auch Eltern geraten verstärkt in Überforderungssituationen und bedürfen der Unterstützung, wie sie z.B. in Beratungsstellen oder im Rahmen der sozialpädagogischen Familienhilfe zu finden sind. Diese spezifischen Hilfen müssen rechtzeitig verfügbar sein, um schwere Verläufe, ggf. bis hin zu Inobhutnahmen vermeiden zu können.

Ebenso ist die Situation in Schulen, verstärkt durch die eskalierenden Kriege, aber auch hinsichtlich der Themen Migration und Extremismus äußerst brisant. Hier bedarf es flächendeckender und nachhaltiger Präventionsmaßnahmen und Schulungen der Lehrkräfte, Sozialarbeit an den Schulen und Schulpsycholog\*innen, damit die Auseinandersetzung mit den Themen der Zeit gut gelingen kann. Nur so können gegenseitige Toleranz und Respekt professionell gefördert und konsolidiert werden.

Viele junge Menschen sind nach dem Schulabschluss nicht sofort bereit oder in der Lage, in die berufliche Ausbildung/in ein Studium zu starten. Dabei sind die Freiwilligendienste (FSJ, BFD) eine gute Gelegenheit, ihre sozialen Kompetenzen auszubauen, Empathie zu entwickeln und für die Allgemeinheit einen produktiven Beitrag zu leisten. Diese Arbeit wird überall geschätzt. Vielfach wurde auch über einen Ausbau dieser Dienste gesprochen. Daher erscheint es auch hier widersinnig, die dafür vorgesehenen Mittel zu kürzen.

Wir appellieren an die Bundesregierung und an die Bundestagsfraktionen, hierfür die bisherigen finanziellen Mittel weiter zu gewährleisten bzw. sogar auszuweiten. Sie sind ein wichtiger Baustein für ein solides Fundament für die Entwicklung unserer Kinder und Jugendlichen, also für die Zukunft unserer Gesellschaft.

Diese Pressemitteilung geht auch an folgende Empfänger:  
Bundeskanzler und Minister der Bundesregierung  
Fraktionen des Bundestages und jugendpolitische Sprecher\*innen

Bundesverband für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie (bkj) e.V.